

Die Geschichte meiner Abdankung.

Von Michael Karolyi.

Bei seiner Durchreise in Wien hat Graf Karolyi diesen Artikel einem Freunde mit dem Ersuchen übergeben, dessen Veröffentlichung in der Arbeiter-Zeitung zu erwirken. Wir entsprechen gern diesem Ersuchen, schon weil die Darlegung des ersten und letzten Präsidenten der ungarischen Republik auch ein großes geschichtliches Interesse hat.

In diesem Artikel möchte ich den wahren Verlauf der Ereignisse für die Öffentlichkeit und die Nachwelt feststellen, welche man gewöhnlich als „die Uebergabe der Macht an die ungarische Räterepublik“ zu bezeichnen pflegt und welche durch Gerüchte und Verleumdungen in eine phantastische Fabel verwandelt wurden. In der Behandlung des Stoffes will ich mich sowohl jeder Kritik des Bolschewismus als auch der führenden Persönlichkeiten enthalten. Für eine kritische Beleuchtung der Ergebnisse ist die gegenwärtige krisenhafte Periode wohl noch gänzlich ungeeignet. Aber die Feststellung des wahren Sachverhalts erachte ich als meine moralische Pflicht sowohl unserer als auch der kommenden Generation gegenüber.

Vielleicht wird man fragen, warum ich bis jetzt geschwiegen und meine vielbestrittene Rolle nicht aufgeklärt habe. Darauf ist zu erwidern, daß mir dazu teils die Gelegenheit gänzlich fehlte, teils wollte ich den Kampf auf Leben und Tod, den die ungarische Rote Armee gegen die imperialistischen Angreifer des Landes damals führte, in keiner Weise beeinträchtigen.

Die wahre Geschichte jener verhängnisvollen Tage ist, so kurz als möglich zusammengefaßt, die folgende: (Ich schreibe nicht nur aus dem Gedächtnis, sondern teilweise nach dem amtlichen Protokoll des letzten Ministerrates.)

Am Vormittag des 20. März übergab mir Oberstleutnant Biz seine bereits bekannte Note. Ich berief sofort für den Nachmittag den Ministerrat, damit dieser Stellung nehmen könne. Im Ministerrat teilte ich den Inhalt der Note mit. Ich bemerkte, daß im Anschluß an die Uebergabe der Note Oberstleutnant Biz zu mir wie auch zu dem gleichfalls anwesenden Ministerpräsidenten Berinkey und dem Kriegsminister Böhme mehrmals und mit besonderem Nachdruck betonte, daß die in der Note enthaltene neuere Deklamationslinie fortan nicht den Charakter einer bloß strategischen Linie habe, sondern die provisorische politische Grenze Ungarns sei. Zum Schluß erklärte Oberstleutnant Biz, daß insofern er bis 6 Uhr abends des nächsten Tages (des 21. März) keine bedingungslos bejahende, das heißt die Note vollkommen akzeptierende Antwort erhalten würde, die alliierten Mächte folgende Forderungen stellen würden: (Diese letzte Erklärung konnte nicht anders gedeutet werden, als daß die Entente uns mit einem neuerlichen Kriegszustand bedrohen läßt.)

Ich erwiderte dem Oberstleutnant Biz sogleich, daß seine Forderungen unerfüllbar seien, denn diese bedeuteten neuerliche arge Verstimmlungen des rein magyarischen Territoriums, welche sowohl den Wortlaut als auch den Sinn des Belgrader Waffenstillstandsvertrages schwer verletzen, uns alle nationalen Besitzstände rauben und den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes völlig unmöglich machen. Diese Bedingungen könnten wir umsoweniger annehmen, da die Befragung des Landes in dieser Schicksalsfrage teils durch die ultimatumartige Knappe Frist der französischen Note, teils durch die geplante sofortige Bereinigung des magyarischen Territoriums unmöglich gemacht wurde.

Ich sah auch augenblicklich ein — so setzte ich meinen Vortrag im Ministerrat fort —, daß die bisherige Koalitionsregierung unhaltbar geworden ist, denn gegenüber dem national so schwer gedemütigten Lande hätten die bürgerlichen Parteien allen moralischen Rückhalt verloren. Nur eine rein sozialdemokratische Regierung könnte die arg gefährdete Ordnung des Landes aufrecht erhalten. Die tatsächliche Macht war ja schon seit Monaten ausschließlich in den Händen der organisierten Arbeiterschaft. Wenn wir die widerstehlichen Forderungen der Entente nicht erfüllen wollen, brauchen wir ein einheitliches Heer. Dieses einheitliche Heer kann in dieser Periode der wirtschaftlichen Krise und der fürchterlich erbitterten Klassenkämpfe (kommunistische Tumulte waren auf der Tagesordnung!) allein die sozialdemokratische Partei schaffen. Die westliche Orientierung, die auf Wilson aufgebaute Politik hat definitiven Schiffbruch erlitten. Wir brauchen eine neue Orientierung, welche uns die Sympathien der Arbeiterinternationalen sichern wird. Unter solchen Umständen könnte die bisherige Koalitionsregierung die Lage nur verschlechtern, denn eine völlige moralische und soziale Einheit der Regierung ist die erste Bedingung des Kampfes geworden. Auch gegenüber den immer schärfer und rücksichtsloseren Angriffen der Kommunisten könnte sich nur eine rein sozialistische Regierung halten, denn die jetzige Koalitionsregierung werde dadurch bei den Massen unmöglich gemacht, daß die Kommunisten die Sozialisten anlagern, als Soldaten der Bourgeoisie den Kampf gegen den Bolschewismus zu führen.

Solch eine rein sozialistische Regierung würde nach meiner Ansicht, auch die ganze Bürgerschaft freudig unterstützen in ihrer Arbeit der Verteidigung des Landes gegenüber den imperialistischen Raubangriffen und der Ausrechterhaltung der Ordnung und der öffentlichen Sicherheit. In diesem Falle werde die sozialdemokratische Regierung auch auf die Unterstützung der ganzen Internationalen rechnen können.

Nach meiner Ansicht werde jetzt die neue sozialdemokratische Regierung mit den Kommunisten eine Vereinbarung treffen müssen, damit, solange sie diesen Kampf auf Leben und Tod gegen die imperialistischen Eindringlinge führt, im Lande keine Unordnung und Schwierigkeiten entstehen. Uebrigens würde die Stellung der Sozialisten den Kommunisten gegenüber aus dem früher erwähnten Grunde eine beträchtlich stärkere sein, doch müßte man trachten, nutzlose innere Schwierigkeiten überall zu verhindern.

Meine Ausführungen schloß ich mit den Worten, daß ich von der Präsidentschaft der Republik nicht absanken, sondern in dieser schwierigen Situation die Leitung des Staatsschiffes unbedingt behalten werde. Wenn der Ministerrat meinen Standpunkt annimmt, wird dies morgen dem Oberstleutnant Biz mitgeteilt und ich werde den neuen Ministerpräsidenten ernennen, der mir, den Wünschen seiner Partei entsprechend, die Liste der neuen sozialdemokratischen Regierung unterbreiten wird. Ueber das Weitere wird diese neue sozialistische Regierung entscheiden.

Nach meinen Ausführungen ergriff Kriegsminister Wilhelm Böhm das Wort. Er äußerte die gleiche Meinung sowohl in der Beurteilung der Note als auch im Hinblick auf deren Folgen und die zu ergreifenden Maßnahmen. Unterrichtsminister Siegmund Kunfi betonte, die ganze sozialdemokratische Partei Ungarns sei einig darin, daß die Forderungen der Entente unerfüllbar sind. Meine Vorschläge halte er für durchaus richtig. Doch hätte er einen vermittelnden Antrag. Die Regierung möge Biz antworten, daß, insofern die Entente bei ihren Forderungen verharret, die Berinkey'sche Koalitionsregierung abdankt und an ihrer Stelle eine sozialdemokratische kommen wird. Man müßte zugleich der Entente mitteilen, daß eine sozialdemokratische Regierung unbedingt mit der Zeit eine Anpassung an den Kommunismus bedeute. Bis zum Eintreffen der Antwort der Entente möge die Regierung von Biz die Suspendierung der ganzen Angelegenheit verlangen. Kunfi wollte die Ententeregierungen hiedurch in das Dilemma verlegen, ob sie vor ihren eigenen Völkern die Verantwortung übernehmen wollen, zu Gunsten des rumänischen Imperialismus ein Land, das heute noch nicht bolschewistisch ist, in die Richtung des Kommunismus zu drängen. Diesen Sachverhalt sollten die bürgerlichen Parteien und Minister durch einen Kantspruch der weitesten Öffentlichkeit übergeben, damit der moralische Druck auf die Entente ein desto größerer werde. Bis sich diese Sache entscheide, möge die Regierung auf ihrem Platze bleiben und die Geschäfte weiterführen.

Handelsminister Garami widersetzte sich dem vermittelnden Antrag Kunfis, weil von ihm ein praktisches Ergebnis nicht zu erwarten sei. Die bisherigen Drohungen der Regierung sind immer erfolglos geblieben. Außerdem könne man auf die Gründung einer sozialdemokratischen Regierung nicht mehr verzichten, da diese eine unumgängliche soziale Notwendigkeit geworden sei. Johann Soos, Präsident des Nationalrates, der zu diesem Ministerrat einzeln eingeladen wurde, teilte in vollem Maße meinen und Garamis Standpunkt. Auch beschränkt verwarf er den Vorschlag Kunfis, weil der Kantspruch der bürgerlichen Minister eventuell den Anschein erwecken könnte, daß sie, der Macht verlustig, jetzt vor der Entente die Sozialdemokraten denunzieren möchten. Er meldete zugleich die vollste Unterstützung der Bürgerschaft zu Gunsten eines rein sozialdemokratischen Ministeriums an und teilte mit, daß er im Nationalrat einen Antrag auf dessen Auflösung einbringen werde.

Im selben Geiste äußerten sich alle anwesenden Minister, namentlich Alexander Juhasz, Stephan Szabó, Barna Buzsá, Paul Szende, Ernst Balogh, Binzeny Kágy, Johann Bász und Julius Peidl, worauf der Ministerrat einstimmig den Beschluß faßte:

Daß die Regierung abdankt, ich auf meinem Platze verbleibe und am nächsten Tage ein rein sozialdemokratisches Kabinetternenne, welches die Forderungen des Oberstleutnants Biz ebenfalls ablehnen wird.

Bei diesem Beschluß möchte ich mit allem Nachdruck noch zwei Umstände hervorheben: 1. Sämtliche sozialistische Mitglieder des abtretenden Kabinetts stellten als *Conditio sine qua non* zur Bildung einer rein sozialdemokratischen Regierung mein Verbleiben als Präsident der Republik auf. 2. Der Beschluß wurde nicht nur einstimmig gefaßt, sondern alle anwesenden Minister haben in längeren oder kürzeren Ausführungen ihr *Placet* abgegeben, wobei sie nicht nur meine Resolution annahmen, sondern auch ihrer Begründung vollinhaltlich beistimmten.

Am Vormittag des nächsten Tages, des 21. März, hielt die Parteileitung der Sozialdemokraten eine Sitzung, in welcher die sozialdemokratischen Minister über die Lage berichteten. Zur gleichen Zeit beriet ich mich mit Politikern der in der Regierung nicht vertretenen bürgerlichen Parteien, klärte sie über die Lage auf und hörte ihre Ansichten. Sämtliche, unter ihnen Gabriel Ugron, der die Gelegenheit mit seinen politischen Freunden besprochen hatte, teilten meine Auffassung, daß man nichts anderes tun könne, als die Forderungen der Note zurückzuweisen und eine rein sozialdemokratische Regierung zu ernennen. Gabriel Ugron erklärte zugleich, daß seine Meinung mit der seiner Freunde und namentlich mit der des Grafen Stephan Bethlen übereinstimmt. Während ich mit Ugron unterhandelte, erhielt ich die Nachricht, daß 30.000 Eisenarbeiter unter dem Eindruck der Note von Biz zu der Partei der Kommunisten übergegangen seien.

Am frühen Nachmittag hielt der sozialdemokratische Parteivorstand eine Sitzung. Was da vorging, darüber äußerten sich die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung in dem Ministerrat, der der sozialdemokratischen Sitzung folgte, mit keinem Wort, daher war ich, wie auch die bürgerlichen Minister, der Ueberzeugung, daß sie auf Grund des Beschlusses des Ministerrates am Tage vorher die persönlichen und sachlichen Angelegenheiten eines rein sozialdemokratischen Kabinetts besprochen hätten. Ebenso erwähnten die sozialistischen Minister weder vor mir noch vor den bürgerlichen Ministern mit einem Wort, daß schon am frühen Nachmittag, schon um drei Uhr, die Führerschaft der sozialdemokratischen Partei mit den Kommunisten eine schriftliche Vereinbarung abgeschlossen hatte, laut welcher die beiden Parteien sich fusionieren und entgegen dem Beschluß des Ministerrates keine sozialdemokratische, sondern eine Sowjetregierung bilden werden.

Der Ministerrat begann gegen 5 Uhr nachmittags und dauerte bis 7 Uhr abends, ohne daß ich oder die

bürgerlichen Minister von diesen Vorgängen etwas erfahren hätten. Im Gegenteil: Der letzte Ministerrat beauftragte nur unsere Ueberzeugung, daß nun eine sozialdemokratische Regierung kommen wird. Nur einige Belege hiezu will ich erwähnen: Der Handelsminister Garami, der, wie ich mich erinnere, an der Nachmittags-Sitzung seiner Parteileitung nicht teilgenommen hatte, machte eine ganze Reihe von Vorschlägen zur Erledigung der in Schwere befindlichen Angelegenheiten, welche bei einer Sowjetregierung gänzlich überflüssig gewesen wären (zum Beispiel Erhöhung des Aktienkapitals verschiedener industrieller Unternehmungen u.). Finanzminister Szende beantragte, die zeitliche Abwesenheit des Ministerpräsidenten Berinkey beizulegen, daß dieser zu einem hohen Richterposten ernannt werde, worauf Kriegsminister Böhm erwiderte, daß die neue Regierung die Verdienste Berinkeys voll auf zu würdigen gedente und ihm einen sehr wichtigen Vertrauensposten einräumen werde. Später unterbreitete Kriegsminister Böhm auf Wunsch der sozialdemokratischen Partei seinen Vorschlag im Interesse der Freilassung der Kommunistenführer. Justizminister Juhasz hat dann, man möge die kommunistischen Führer erst am nächsten Tage freisetzen, weil die Stimmung in der Stadt sehr erregt sei und man sich fürchten müsse, daß sie Unruhen hervorgerufen würden. Bemerkenswert ist noch, daß infolge des Gezerstreiks seit drei Tagen keine Blätter erschienen waren, und daher die verbreiteten, gänzlich unkontrollierbaren Alarmnachrichten in der ganzen Stadt eine große Erregung hervorgerufen hatten. Böhm und Kunfi beruhigten den Justizminister, worauf wir beschlossen, daß ich die Freilassung der Kommunisten anordnen werde. Das war so gegen 1/7 Uhr. Der Arbeiterrat war für 7 Uhr zusammenberufen. Etwas nach 7 Uhr — soweit ich mich erinnere — war der Ministerrat zu Ende, der sich in dem Bewußtsein aufgelöst hatte, daß ich nach der Sitzung des Arbeiterrates die neue sozialdemokratische Regierung ernennen werde. Kunfi versprach mir, mich nach der Sitzung des Arbeiterrates, wenn noch so spät, im Nationalpalast aufzusuchen, damit die neue Regierung gebildet werde. Die ausstehenden bürgerlichen Minister nahmen von mir Abschied. Berinkey hat dann Kunfi, die neue Regierung möge ihm erlauben, noch eine Woche in der Wohnung des Ministerpräsidenten zu verbleiben, was Kunfi auch bereitwilligst verprochen hat.

Die Lage aber war schon damals in einem ganz anderen Sinne entschieden, als sie der Ministerrat lösen wollte. Schon nachmittags hatte der Soldatenrat auf Vorschlag seines Präsidenten Pogony beschlossen, die Kommunisten zu unterstützen; und er ließ sämtliche Automobile, auch die der Minister, schon um 5 Uhr nachmittags requirieren. Die Platzwache geriet ganz in kommunistische Hände und als um 7 Uhr abends im Arbeiterrat Garami als bereits feststehende Tatsache mitteilte, daß eine Sowjetregierung gebildet wird, hatten die Soldaten und Matrosen die Macht tatsächlich in ihre Hände bekommen, ohne daß von all dem das Kabinet und ich die wir damals noch beisammen waren, irgend etwas erfahren hätten. Wie mir später Bela Kun mitteilte, waren auf dem Bloksberg vier Kanonen aufgestellt, um im Falle eines Widerstandes die Regierungsgebäude zu beschützen.

Von all dem hatte mir, dem Präsidenten, niemand Mitteilung gemacht. Statt dessen wurde ich nach 7 Uhr, als die Entschließung des Arbeiterrates bereits in die Öffentlichkeit gedrungen war, durch einen journalistischen Vertrauensmann der Kommunisten, Paul Keri, aufgefordert, gegen meinen bisherigen Standpunkt und gegen den Beschluß des Ministerrates mit der neuen Situation zu rechnen. Nach dem Geschehenen mußte ich meine Abdankung beschließen und zur Vermeidung unnützen Blutvergießens — es war ja keine andere organisierte Kraft als die der Sozialisten vorhanden und die ganze bewaffnete Macht, Platzwache, Volkswache, Polizei, Heer, stand unter sozialistisch-kommunistischer Führung — unterschrieb ich die Proklamation, mit welcher ich abdankte und „die Macht dem Proletariat übergab“, das dieselbe tatsächlich schon früher übernommen und proklamiert hatte. Ich brachte dieses Opfer — statt die billige Märtyrerkrone einer Verhaftung auf mich zu nehmen —, damit kein Bürgergemetzel entstehe, damit auf den Straßen Budapests kein nutzlos vergossenes Blut fließe, damit das Land von den ärgsten Greueln eines Bürgerkrieges verschont bleibe.

Das ist die kurze und treue Vorgeschichte der Ausrufung der Räterepublik, soweit ich darin eine Rolle gespielt habe. Ich habe die Macht dem Proletariat nicht übergeben, da es dieselbe schon früher durch planmäßigen Aufbau eines sozialistischen Heeres erungen hatte. Ich besaß keine andere Wahl: Entweder nutzloses Blutvergießen und erbitterter Bürgerkrieg oder mich dem *fait accompli* fügen. Ich hätte wohl die billige Rolle eines Märtyrers der Bürgerschaft spielen können — sie hätte mir kaum etwas anderes, als meine Verhaftung geloset —, aber Hunderte von Menschenleben wären dadurch gefährdet worden.

Dabei konnte ich mit Recht hoffen, daß die Arbeiterschaft unter der Führung der ehemaligen sozialistischen Minister die Schattenseiten des russischen Experimentes vermeiden werde, wenn sich die Sachen glatt und ohne Widerstand der Bourgeoisie entwickeln würden. Ferner konnte ich mit Recht hoffen, daß das einige Proletariat den Verteidigungskrieg gegen die Versüßelung des Landes nun mit einheitlicher moralischer Kraft aufnehmen werde.

Ich glaube auch heute unentwegt daran, daß die arbeitende Menschheit das endgültige Schicksal Europas entscheiden wird, und nicht ein Häuflein von Heerführern und Diplomaten. Ich glaube auch heute unverändert, daß das Dogma der Heiligkeit des Privateigentums im alten Sinne nicht aufrecht zu erhalten ist, daß eine weitgehende Sozialisierung der Wirtschaft folgen wird mit Zurückdrängung des Kapitalismus. Das russische Experiment beweist nichts gegen diese Auffassung. Das russische Volk handelt unter dem Druck des Hungers und der Verarmung. Wenn nur einmal die Einheit der europäischen Proletariats aufstände